

Ausdrücklich und in eigener Verantwortung erklärt der/die Unterfertigte, in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen im Falle unwahrer oder unvollständiger Angaben:

(Zutreffendes ankreuzen)

- die Organisation arbeitet ohne Gewinnabsichten und ist demokratisch aufgebaut;
- die Ämter und Funktionen innerhalb der Organisation werden ehrenamtlich ausgeübt;
- die erhaltene Beihilfe wird ausschließlich für den Zweck verwendet, für den sie gewährt wird;
- der Gemeindebeitrag wird ausschließlich für institutionelle und nicht kommerzielle Tätigkeiten gemäß den geltenden Steuerbestimmungen verwendet (in Hinblick auf die Nicht-Anwendung des Vorsteuereinbehaltes gemäß Art. 28 D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600);
- der Gemeindebeitrag unterliegt dem Steuereinbehalt von 4% (Art. 28 D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600);
- die Mehrwertsteuer kann abgesetzt werden, und zwar: gänzlich *oder* teilweise, im Ausmaß von ____ %
- die Mehrwertsteuer kann *nicht* abgesetzt werden;

BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT IM VORJAHR _____

a) **Tätigkeit: Veranstaltungen, Initiativen, usw.** (der Tätigkeitsbericht kann auch beigelegt werden)

TÄTIGKEITSPROGRAMM FÜR DAS LAUFENDE JAHR _____

a) **Tätigkeit: Veranstaltungen, Initiativen, usw.** (das Tätigkeitsprogramm kann auch beigelegt werden)

**FINANZIERUNGSPLAN FÜR DIE ORDENTLICHEN AUSGABEN
(MUSS AUSGEFÜLLT WERDEN)**

Erwartete Einnahmen		Voraussichtliche Ausgaben	
Eigenmittel	€	Ausgabe laut Kostenvoranschlag	€
Landesregierung	€	Verwaltungs- und Betriebsspesen	€
Region	€	Geplante Tätigkeiten	€
Fraktion	€	Andere	€
Mitgliedsbeiträge	€		
Sonstige Spenden	€		
Erwarteter Beitrag v. d. Gemeinde	€		
Gesamteinnahmen	€	Gesamtausgaben	€

Der/die Unterfertigte erklärt unter eigener Verantwortung,

- den Inhalt der Gemeindeverordnung über die Gewährung von Beiträgen lt. Ratsbeschluss Nr. 47 vom 19.12.2012 zu kennen und sämtliche dort angeführte Bedingungen anzunehmen;
- dass die gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen;
- in Kenntnis der vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen bei Abgabe von unwahren Erklärungen bzw. bei Erstellung oder Gebrauch von gefälschten Urkunden zu sein, und sich bewusst zu sein, dass im Falle von Falscherklärungen, von Verwendung von gefälschten Unterlagen oder von solchen, die nicht der Wahrheit entsprechen, der Beitragsempfänger sein Anrecht auf den Beitrag verliert und zusammen mit der Person, welche die Handlungen gesetzt hat, von der Möglichkeit ausgeschlossen wird, für einen vom Gesetz festgelegten Zeitraum von der Gemeindeverwaltung wirtschaftliche Vergünstigungen/Beiträge in Anspruch zu nehmen;
- dass die bestrittenen Kosten höher bzw. mindestens so hoch sind/sein werden, als die von der Gemeinde und von anderen öffentlichen Körperschaften gewährten Beiträge;
- die Informationen zum Datenschutz (siehe unten) gelesen zu haben und damit einverstanden zu sein.

Der Beitragsempfänger verpflichtet sich, der Gemeinde evtl. Änderungen von relevanten Angaben (Daten Antragsteller, Bankverbindung, Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer, ...) unverzüglich mitzuteilen.

Ahrntal, _____

Unterschrift

Anlagen (Zutreffendes ankreuzen):

- Ablichtung der Gründungsurkunde
- Ablichtung der geltenden Satzung
- Tätigkeitsbericht des Vorjahres (falls nicht im Ansuchen ausgefüllt)
- Tätigkeitsprogramm für das laufende Jahr (falls nicht im Ansuchen ausgefüllt)
- Kostenvoranschlag
- _____

Information im Sinne der Datenschutzbestimmungen

Rechtsinhaber der Daten ist die Gemeinde Ahrntal. Die von dem/der Antragsteller/in angegebenen Daten werden von der Gemeindeverwaltung, auch in elektronischer Form, im notwendigen Ausmaß zur Erreichung des institutionellen Zwecks entsprechend der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen an Körperschaften und Private verarbeitet.

Der/dem Antragsteller/in stehen die von den Datenschutzbestimmungen vorgesehenen Rechte zu, insbesondere das Zugangsrecht zu den eigenen personenbezogenen Daten und das Recht, deren Berichtigung, Ergänzung und falls die vom Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen bestehen, auch deren Löschung und Sperre zu verlangen.

Aufklärung in Bezug auf Nachkontrollen

Die Gemeinde behält sich das Recht vor, Kontrollen durchzuführen und die Ansuchen der Beitragsempfänger per Zufallsprinzip zu überprüfen.

Bei Unregelmäßigkeiten oder bei Eintreten von aufklärungsbedürftigen Sachlagen kann die Gemeinde die Bezahlung von ausständigen Beihilfequoten aussetzen bzw. nach den notwendigen Erhebungen die Beihilfen widerrufen.

Prüfungsvermerk

Zuständige Dienststelle:

- Sekretariat
- Buchhaltung
- _____

Überprüfung und Entscheidung:

- Das vorliegende Ansuchen ist vollständig.
- Das vorliegende Ansuchen ist unvollständig, es fehlt: _____

Die Kontaktperson des Vereines wurde über die Unvollständigkeit informiert:

- telefonisch am _____ von _____
- per E-Mail am _____ von _____
- schriftlich am _____ von _____
- persönlich am _____ von _____
(Datum und Name angeben)

Das Ansuchen wurde vervollständigt. Datum: _____

Das Ansuchen wurde nicht vervollständigt.

Beitrag des Vorjahres: _____

vorgeschlagerener Beitrag	Entscheidung des Gemeindeausschusses	Zahlungsanweisung
_____	Beschluss Nr. _____ vom _____	Nr. _____
	genehmigter Beitrag _____	Datum _____